

Herrn Landrat Edgar Wolff  
Damen und Herren Kreisräte

**Kreisverband  
Göppingen**

**Martin Stölzle  
Vorsitzender**

Schloss 1 – 4  
73072 Donzdorf

Telefon: 07162/922-300  
Telefax: 07162/922-521  
E-Mail: martin.stoelzle@donzdorf.de

Donzdorf, 01.12.2022

### **Kreisumlage 2023**

Sehr geehrter Herr Landrat Wolff,  
sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte,

„In großer Sorge um unser Land“, unter dieser Überschrift wandten sich der Städte-, der Landkreis- und der Gemeindetag, der Baden-Württembergische Handwerkstag, der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag, die Unternehmer Baden-Württemberg sowie der Sparkassenverband Baden-Württemberg und der Baden-Württembergische Genossenschaftsverband in einem offenen Brief an den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg um deutlich zu machen, dass es ein „weiter so“ in Politik und Gesellschaft nicht geben kann und nicht geben soll. Vielmehr schlagen die Absender dieses appellativen Briefes einen Zukunftskonvent vor, der dafür Sorge tragen soll, dass konkrete Vorschläge für einen Ermutigungs- und Entfesselungspakt formuliert werden, damit für Staat und Gesellschaft Hindernisse überwunden und abgebaut werden um die notwendigen und erforderlichen Veränderungen zu erreichen. Die Zeit des ungebremsten Draufsatteln bei Standards, Rechtsansprüchen und staatlichen Leistungszusagen sei vorbei, so wird im Brief formuliert.

Zugegeben, der Brief trägt das Datum vom 28. Oktober 2022, und ist damit neuer als die Einbringung des Entwurfs des Kreishaushalts, aber der Inhalt ist nur in der Zuspitzung und in der schriftlichen Fixierung neu. Vor diesem Hintergrund blicken wir als kreisangehörige Gemeinden mit gleicher Sorge auf Kreispolitik und Kreishaushalt, die von eben dieser „Abkehr vom weiter so“ nichts erkennen lassen. In klassischer Tradition hat der Landkreis in den vergangenen Jahren Überschüsse erwirtschaftet, allein 30 Millionen in den vergangenen 3 Jahren, konnte auf vorgesehene Darlehensaufnahmen verzichten und bietet in breitem Umfang Leistungsversprechen, deren Erfordernis kaum ausreichend hinterfragt wird. Und wer jemals geglaubt hatte, dass der Krankenhausneubau einen alles überragenden Kraftakt darstellt, der reibt sich verwundert die Augen, in welcher Vielfalt und in welcher Dimension weiter wie gewohnt gleichzeitig große Investitionsvorhaben erfolgen. Bereits seit Jahren und auch für 2023 wird die exorbitante Belastung durch den Krankenhausneubau düster an die Wand gemalt, aber, so fragen wir uns in den Kommunen, warum wird dann in anderen Aufgabenbereichen nicht entsprechend priorisiert bzw. sekundarisiert? Auch hier scheint die langjährige Tradition zur Gewohnheit geworden zu sein, dass die Stellschrauben in der

Einnahmebeschaffung dazu erhalten müssen genau diese Wertsetzung bei einzelnen Projekten umgehen zu können. Auch wenn vermeintlich die Kreisumlage am Hebesatz gemessen gleichbleibt, so lässt sich doch am realen Aufkommen absehen, dass auch hier ganz entsprechend der Tradition Mehreinnahmen eingefordert werden.

Spätestens jetzt wäre es an der Zeit, entgegen der bisherigen Praxis die Einnahmen aus der Kreisumlage nicht als kreiseigene Manövriermasse zu sehen, sondern die Kreisumlage als das zu betrachten, was sie eigentlich ist: ein Finanzierungsinstrument zum Ausgleich des Kreishaushaltes und nicht zur Erwirtschaftung kreiseigener Rücklagen und kreiseigenen Vermögens.

Wenn wir Ihnen in diesem Jahr keinen konkreten Vorschlag für einen geänderten Kreisumlagehebesatz machen dann einzig aus dem Grund, dass es eines echten Denk- und Paradigmenwechsels bedarf, wie die Finanzbeziehungen zwischen Landkreis und kreisangehörigen Kommunen verstanden werden. Aus Sicht der Gemeinden wäre es angezeigt, dass der Landkreis in einer zumindest längerfristigen Betrachtungsweise die Haushaltsverbesserungen der vergangenen Jahre aufzeigt und damit den Betrag definiert, der von den Kreisgemeinden über das notwendige Maß hinaus aufgebracht wurde. Im Weiteren wäre dann festzulegen in welchem Zeitraum diese Überschüsse an die Kommunen zurückgeführt werden können und wie dauerhaft eine Regelung gefunden werden kann, die entstandenen und entstehenden Überschüsse den Kommunen zurückzugeben bzw. planmäßig „gutzuschreiben“.

Gerne sind wir bereit, uns in einem solchen Diskussionsprozess zusammen mit dem Kreistag und der Kreisverwaltung einzubringen und wir sind auch gerne bereit die Sichtweisen und Möglichkeiten der Kommunen vorzutragen, wie Standards, gewährte Ansprüche und sonstige Leistungszusagen in kreisbezogener Perspektive verändert werden können.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'M. Stölzle'. The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

Martin Stölzle